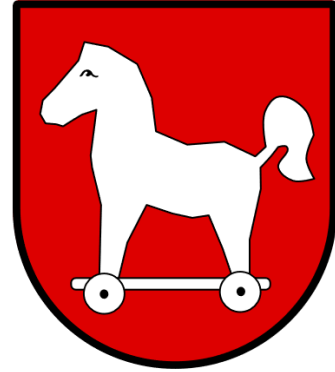


Auf dem Weg in den autoritären Staat?



**Infoveranstaltung zum Neuen
Niedersächsischen Polizeigesetz (NPOG)
am 30.08.2018 in Salzgitter-Lebenstedt**

Noch in diesem Herbst möchte die niedersächsische Landesregierung ihren Entwurf für ein neues Polizeigesetz (NPOG) verabschieden lassen. Klingt erstmal bürokratisch? Betrifft uns aber alle – sei es als Politikinteressierte, Aktivist*innen oder einfach als Bevölkerung!

Denn dieser Entwurf reiht sich ein in eine Serie von länderübergreifenden Gesetzesverschärfungen, die dem Beispiel des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes folgend massive Einschränkungen der Grundrechte zu Gunsten der Illusion von mehr Sicherheit vorsehen. Im Ergebnis bedeuten die meisten Maßnahmen keinen realen Zugewinn an Sicherheit. Stattdessen lösen sie die Grenze zwischen Polizei und Geheimdienst immer weiter auf, machen alle zu Verdächtigen und schwächen den Rechtsstaat durch weniger demokratische Kontrolle.

Prominente Maßnahmen sind etwa die Einschleusung eines Staatstrojaners zur Online-Durchsuchung, die Ausweitung der Videoüberwachung, der Einsatz von Tasern und Fußfesseln oder die Einführung eines wahrscheinlich verfassungswidrigen 74-tägigen Präventivgewahrsams – allesamt ohne begangene Straftat, lediglich auf in die Zukunft gerichteten bloßen Mutmaßungen basierend.

**Infoveranstaltung
mit den Anwälten Sven Adam und Rasmus Kahlen
30.08.2018, 16:30 Uhr
Gewerkschaftshaus Salzgitter-Lebenstedt,
Chemnitzer Straße 33**

(Ausgeschlossen sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind.)

- **Landesweite Großdemonstration, 08.09.2018, Hannover**
- alles Infos: <https://niedersachsentrojaner.de>

Bündnis „#noNPOG – Nein zum neuen niedersächsischen Polizeigesetz
c/o IG Metall Geschäftsstelle Salzgitter-Peine und ver.di-Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen

Wir möchten informieren, mit kreativen Aktionen auf die Gefahren für Rechtsstaat und Freiheit aufmerksam machen und dem Protest eine Plattform bieten. Das Bündnis wird von verschiedenen politischen Initiativen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Parteien und Vereinen getragen.